

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 711

Mittwoch, 2. September 2020

27. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

(Ein ganz kurzes) Editorial.....	1
Der Friedhof La Verbena, Sergio's Verkaufsstand und ein Tagebuch für die Corona-Opfer.....	1
Das Virus wird auf die ländlichen Räume übergreifen.....	2
Ausnahmestand ‚light‘ im Nordosten, nachdem Kongress nicht zustimmte.....	3
Alta Verapaz: „Illegale Vertreibungen unter den Augen der Justiz“.....	3
Gute Nachricht für drei Gemeinden: das Verfassungsgericht spricht ihnen Landrechte zu.....	4
Die Angriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen haben zugenommen.....	6

(Ein ganz kurzes) Editorial

Wir sind wieder da und kredenzen Euch neue Nachrichten zu alten Themen: COVID-19, negative und positive Berichte über Landkonflikte und vieles mehr. **Theresa und Stephan**

Der Friedhof La Verbena, Sergio's Verkaufsstand und ein Tagebuch für die Corona-Opfer

Guatemala-Stadt, 21. August - Dies ist ein Bericht darüber, wie die Pandemie nur wenige Meter von dem Friedhof entfernt erlebt wird, auf dem sich die meisten Todesfälle während der Corona-Krise konzentrieren, und wie sich die Gemeinden mitten in der Tragödie vorbereiten.

„Ich war ein Kind und ich erinnere mich, dass mein Vater sich immer über alles beschwerte: dass es keinen Job gab, kein Geld und er hatte schon meine Mutter verzweifeln lassen. Meine Eltern bestanden tagelang darauf, dass der Stand einen Namen bekommt, und wir dachten daran, ihn ‚Letzter Abschied‘ zu nennen oder so ähnlich. Als sie kamen, um den Namen zu malen, sagte meine Mutter wütend zum Maler, er solle ihn ‚Los Lamentos‘ (= das Wehklagen) nennen, denn das war alles, was mein Vater getan hatte. Wenn er sehen würde, wie es uns heute geht, würde er noch mehr lamentieren.“

Zwischen Lachen und Trauer erzählt Sergio die Geschichte über den Ursprung des Namens seines Unternehmens, das er von seinen Eltern geerbt hat, einem orangefarbenen Stand, der nur wenige Meter vom Eingang des öffentlichen Friedhofs La Verbena in Zone 7 von Guatemala-Stadt liegt.

Als Reaktion auf die durch COVID-19 verursachte Gesundheitskrise legte das Gesundheitsministerium fest, dass auf diesem Friedhof diejenigen begraben werden sollten, die an der Krankheit gestorben waren. Das führte dazu, dass Sergio in den fünf Monaten, in denen die Pandemie grassiert, von seinem Stand aus Zeuge Dutzender schmerzhafter, schneller und untypischer Abschiede wurde. Bis zum 20. August seien, so das Gesundheitsministerium, 2.506 Menschen am Corona-Virus gestorben, was einer Sterblichkeitsrate von 14,9 pro 100.000 Einwohner entspricht. Den Daten zufolge wurde die größte Zahl der Todesfälle in der ersten Julihälfte gemeldet, mit durchschnittlich 53 bis 58 Opfern pro Tag. In der ersten Augushälfte sind die Daten über die Todesfälle im Zusammenhang mit COVID-19 zurückgegangen: Es wurden zwischen 23 und 27 Todesfälle pro Tag gemeldet.

Von der Theke seines Verkaufsstandes ‚Los Lamentos‘ erzählt Sergio, wie er diese Daten in hunderte von schmerzhaften Szenen von halbherzigen Abschieden übersetzt sah, vom Bürgersteig bis zum Eingangstor zum Friedhof. Täglich kommen dort Angehörige von Corona-Opfern, BestatterInnen, MitarbeiterInnen des Gesundheitsministeriums und viele JournalistInnen an. Sergio zählt die Leichenwagen und sagt, dass es jeden Tag weniger gibt. "Letztes Mal stand hier

Wagen an Wagen. Jetzt kommen höchstens vier Leichenwagen am Tag. Hier draußen wimmelte es von Menschen und die Familien kamen zusammen. Aber Gott sei Dank ist die Sterbeziffer bereits zurückgegangen. Allerdings nicht die Zahl der Ansteckungen, „die ist nicht gesunken“, fügt er an.

Die Daten des Gesundheitsministeriums wurden von verschiedenen EpidemiologInnen in Frage gestellt. Sie seien nicht vertrauenswürdig, behaupten sie. Die Präsidentschaftskommission gegen Covid-19 (COPRECOVID) geht davon aus, dass in der ersten Septemberhälfte eine zweite Ansteckungswelle beginnen kann, auch wenn die Zahl der Fälle abnimmt (siehe unten mehr dazu, d.Red.).

Beseitigen der Gräber

Byron Fuentes, Rechtsberater der Verwaltung des öffentlichen Friedhofs im Gesundheitsministerium, sagt, dass bis zum 10. August 680 Menschen, die an den Folgen von COVID-19 gestorben sind, auf dem Friedhof La Verbena beerdigt worden seien. Er fügt hinzu, dass jedes Jahr Exhumierungen durchgeführt werden, um etwa 1.500 bis 2.000 Grabplätze auf dem Generalfriedhof und etwa 800 Gräber in La Verbena freizulegen. Der Friedhof fordert von den Familien der Corona-Opfer 80 Q (= 8,60 €) für die Durchführung der Bestattung. Vor der Pandemie betrug der Preis 200 Q (= 21,50 €) und deckte eine Grabdauer von sechs Jahren ab. Für den gleichen Preis war eine Verlängerung um weitere 4 Jahre möglich, die danach um einen ähnlichen Zeitraum verlängert werden konnte. „Insgesamt können Menschen 14 Jahre lang eine Grabnische besetzen. Danach müssen sie exhumiert werden. Die offiziellen Exhumierungen werden durchgeführt, wenn die Familien keine Zahlungen mehr leisten“, sagt Fuentes.

Abschied mit einem Foto

Sergios Geschäft konzentrierte sich früher auf den Verkauf von Blumen, Snacks, Erfrischungsgetränken und einigen alkoholischen Getränken. An normalen Tagen verdiente er bis zu 400 Q (= 43,00 €) pro Tag, erzählt er. Auf dem Höhepunkt der Pandemie schloss er den Stand für drei Monate. Er hatte Angst davor, sich anzustecken. Mit der Lockerung der Beschränkungen kehrte er zurück. Jetzt verdient er 75 Q (= 8,06 €) pro Tag, wenn er gut abschneidet. Deshalb würde sein Vater noch lauter klagen, scherzt er.

In einem 40-seitigen Notizbuch führt der Ladenbesitzer eine broschiierte Datenbank, die es ihm erlaubt, mit den Augen eigenhändig das Verhalten der Pandemie zu verstehen. Als er keine Blumen mehr verkaufen konnte, weil es niemanden gab, die oder der sie zu den Gräbern der Verstorbenen brachte, begann Sergio damit, Kreuze zu verkaufen, um jede Bestattung zu identifizieren. Mit seinem Stand vor dem Friedhof La Verbena wurde Sergio zum direkten Zeugen der Sterblichkeit des Virus. Mit dem Verkauf von Kreuzen wurde sie zum einzigen Kanal zwischen dem Grab und den Angehörigen der Opfer der Krankheit.

Über WhatsApp schickte er seinen Kunden ein Foto des Kreuzes, das das Stück Land identifiziert, unter dem ihr geliebter Mensch begraben wurde. Angefügt an das Bild war die Nischenummer. Dieses Foto war das Bild, das vielen Menschen am nächsten kam, die während der Gesundheitskrise nicht in der Lage waren, die Beerdigung ihrer Angehörigen zu sehen oder daran teilzunehmen. In seinem Notizbuch finden sich die Namen der Opfer des Virus, ihr Geburts- und Todesdatum, ihr Alter und eine Kontaktperson der Familie. Mit diesen Daten kommt er zu dem Schluss, dass die meisten Betroffenen ältere Menschen sind und dass die Toten nicht mehr ausschliesslich in La Verbena begraben werden. (Nómada)

Das Virus wird auf die ländlichen Räume übergreifen

Guatemala, 18. August - Während die Corona-Pandemie in Guatemala von Alarmstufe Rot auf Gelb zurücksprang, wird erwartet, dass die Präsenz des Virus in einigen Gemeinden ab den ersten Septemberwochen stärker ausgeprägt sein wird. Dies geht aus der Analyse der Präsidialkommission gegen Covid-19 (COPRECOVID) hervor.

Heute Morgen stellte der Exekutivdirektor der COPRECOVID, Edwin Asturias, die aktuelle Situation der Pandemie im Land vor. Er sagte, dass es im Moment auf nationaler Ebene "einen Abwärtstrend bei positiven Tests gibt und eine höhere Zahl leerer Krankenhausbetten". Er sagte auch, dass "die Rate positiver Fälle in Guatemala in die Alarmstufe gelb übergegangen ist". Er wies jedoch darauf hin, dass es Departements mit alarmierenden Zahlen gebe, wie z. B. Sololá und Totonicapán, wo die Sterblichkeitsrate derzeit bei 6% liege, eine hohe Zahl im Vergleich zum nationalen Prozentsatz. Aber nicht nur diese beiden Regionen werden unter der Zunahme der Fälle leiden. Laut Asturias könnte die zweite Welle ländliche Gebiete stärker betreffen als das Departement Guatemala, da sich das Virus landesweit ausbreitet. Die Kommission schätzt, dass die zweite Ansteckungswelle in der ersten Septemberhälfte beginnen wird. Er versicherte, dass dafür "das Krankenhausnetz verstärkt" werde, insbesondere in den Zentren der Primärvorsorgung.

Wenige Tests am Wochenende

Edwin Asturias sagte bei der Vorstellung der neuesten Corona-Zahlen, dass an den Wochenenden weniger Tests auf nationaler Ebene durchgeführt werden. Dies sei darauf zurückzuführen, dass einige Laboratorien an Wochenenden geschlossen seien oder an diesen Tagen eingeschränkte Arbeitszeiten hätten oder aber wegen Ausgangssperren vor der Rückstufung der Alarmstufe von Rot auf Gelb. Um das Problem zu lösen, soll das Gesundheitsministerium (MSPAS) ambulante Testzentren eröffnen, damit die Menschen rund um die Uhr und jeden Tag Zugang zu ihnen haben. Asturias gab auch an, dass er vom Gesundheitsministerium einen Anstieg von 400 bis 500 täglichen PCR-Tests erwartet, um die derzeitigen 1.000 täglichen Tests, die nur das MSPAS durchführt, übertreffen zu können. Er betonte, dass auch private

Labors ihre Kapazität erhöht hätten. COPRECOVID ging auch auf die Mortalitätsrate ein, nachdem die Zeitung *El Periódico* signifikante Ungereimtheiten bei den offiziellen Zahlen der Verstorbenen aufzeigte. Für Asturias "gibt es keinen großen Unterschied zwischen den Zahlen des Nationalen Personenregisters (RENAP) und des MSPAS". Er sagte, der Unterschied könnte in der Art und Weise liegen, wie beide Institutionen die Toten dokumentieren: Während das MSPAS Todesfälle im Krankenhauswesen dokumentiere, enthielten die Daten der RENAP Zahlen jener Menschen, die in ihrem Zuhause sterben. (Nómada)

Ausnahmezustand ‚light‘ im Nordosten, nachdem Kongress nicht zustimmte

Guatemala/Izabal/Alta Verapaz, 18. August - Am 19.07.2020 verhängte der Präsident für 30 Tage den Ausnahmezustand (*estado de sitio*) in fünf Landkreisen im Nordosten des Landes. Betroffen sind El Estor, Livingston und Morales in Izabal sowie Santa Catalina La Tinta und Panzós in Alta Verapaz.

Neben den Einschränkungen, die wegen der Pandemie seit Mitte März erlassen sind – zehnstündige Ausgangssperre, Beschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit, Fahrverbote – gilt nun ein totales Verbot von Demonstrationen und öffentlichen Versammlungen. Außerdem sind Hausdurchsuchungen und Festnahmen ohne richterliche Anordnung möglich und werden sowohl von der Polizei als auch vom Militär durchgeführt. Daraufhin forderten am 25.07.2020 mehr als 125 Organisationen die Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Da das Parlament dem Ausnahmezustand nicht zugestimmt hatte, rief Giammattei am 27.07.2020 für die gleichen Landkreise einen "estado de prevención" (*Vorsorgezustand, im Titel als Ausnahmezustand ‚light‘ bezeichnet, d.Red.*) aus, der nicht der Zustimmung des Parlaments bedarf. Er wird aufgrund angeblicher bewaffneter Gruppen verhängt und hat Einschränkungen für öffentliche Versammlungen, Treffen und Demonstrationen zur Folge.

Er gilt für 15 Tage, wurde aber am 16.08.2020 erneuert. (Newsletter Runder Tisch Zentralamerika 8/2020)

Alta Verapaz: "Illegale Vertreibungen unter den Augen der Justiz"

Alta Verapaz, 18. August - In der Nacht zum Samstag, dem 15. August, wurden 40 Q'eqchi'-Familien gewaltsam von der Finca Cubilgüitz vertrieben. Das Dorf liegt auf halbem Weg zwischen Cobán und Chisec. Dabei handelt es sich um einen regionalen Markt, der als Einstiegspunkt zwischen dem Verapaz-Hochland und dem östlichen Tiefland dient. Bilder von brennenden Häusern mitten in der Nacht wurden in sozialen Netzwerken verbreitet. Die Staatsanwaltschaft untersucht, wer dahintersteckt.

In einer Pressemitteilung sagte das Komitee für bäuerliche Einheit (CUC), dass die Familien gewaltsam und ohne Durchsuchungsbefehl vertrieben wurden. Besitzer des Landes ist die Familie Diesseldorf, eine jener deutschen Familien, die während der „liberalen Reformen“ der späten 1800er Jahre unter der Politik „blanquear la raza“ (die ‚Rasse‘ weisser machen) nach Guatemala geholt wurden und die Land und ZwangsarbeiterInnen erhielten, um den Kaffeeanbau und -export aufzubauen. Die vertriebenen Familien arbeiteten von 1929 bis 2001 als *mozos colonos* in den Kaffee-Plantagen der Familie Diesseldorf. Nach Angaben des CUC wurden die ArbeiterInnen vor mehr als 15 Jahren entlassen, ohne ihre Leistungen entlohnt zu bekommen. Um ihre Rechte einzufordern, ließen sie sich auf der Farm nieder, mit der Forderung, dass ihnen das Land im Austausch für das geschuldete Geld überlassen wird.

“Wir hatten runde Tische des Dialogs mit dem Arbeitsministerium, aber die Besitzerin der Finca, Dorothee Anne Diesseldorf Neal de Glimderse, die zu einer Familie von Grossgrundbesitzern gehört, die noch mehr Land in der Region besitzt, hat auf die Forderungen nicht reagiert bzw. nur Ausgleichszahlungen angeboten, die die Arbeitspensen der ehemaligen ArbeiterInnen nicht abdeckten“, heisst es weiter in der Erklärung des CUC.

Die Familie Diesseldorf veröffentlichte ihre eigene Sicht der Dinge und versicherten, dass es keine Arbeitskonflikte gebe und dass die vier Fincas in der Zone besetzt worden seien: “Bei diesen Landbesetzungen wurden produktive Plantagen, Anlagen, Maschinen, Geräte und Inventar, die für die Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig waren, zerstört (. . .). Sie begannen im Beisein von César Montes und später mit dem Komitee der BäuerInnen des Hochlandes (CCDA). Diese Anarchie in der Region ist unhaltbar“, sagte die Familie. [Anmerkung: César Montes ist der Guerilla-Name des Arztes und Schriftstellers Julio César Macías Mayora, * 1942, Gründer des Guatemaltequischen Heeres der Armen (EGP), in den 1980er Jahren auch in Guerillas in El Salvador und bei den Sandinistas in Nicaragua aktiv; aktuell ist er Vorsitzender der Stiftung zur Förderung der natürlichen Ressourcen und der nachhaltigen Entwicklung im Flussgebiet des Polochic, der konfliktreichen Gegend um die Landkreise Panzós, Cahabón und Senahú, Alta Verapaz und El Estor; Izabal. Diese Stiftung wiederum sei – so das linke Zentrum für Unabhängige Medienarbeit CMI – von in- und ausländischen Wirtschaftsinteressen beeinflusst. Seit 2007 sei er Rechtsberater bei der FONATIERRA und verhandelte zwischen ex-Guerillern@s, indigenen Gemeinden und Konzernen wie dem Nickelunternehmen CGN um Landrechte in der Region Polochic. Die CMI wirft ihm auch die Beteiligung an gewaltsamen Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen in El Estor vor. Die Regierung Jimmy Morales warf ihm wiederum die Beteiligung an dem Mord an drei Soldaten in El Estor vor, der im vergangenen Jahr zu der Verhängung des Ausnahmezustandes dort führte, Quelle: <https://cmiguate.org/cesar-montes-dejo-de-ser-util-para-el-poder/>, d.Red.]

Kriminalisierungszone

Die Wahrheit ist, dass die Räumung gewaltsam und unter illegalen Umständen erfolgte. Edgar Pérez, Direktor der Menschenrechtsanwaltskanzlei, kennt das Gebiet und das Justizsystem in der Region, weil er Gemeindevorsteher verteidigt, die aufgrund eines Landkonflikts strafrechtlich verfolgt wurden. „Einige Bauern werden von afrikanischen Palmenfirmen angeprangert und strafrechtlich verfolgt, und es kommt zu weiteren Problemen wegen angeblicher Landnutzungen. Das Justizsystem von Cobán ist sehr effektiv bei der Erfassung und Bearbeitung dieser Fälle“, sagte er. Ein solcher Fall ist der von Bernardo Caal, einem Anführer des Widerstands gegen das OXEC-Wasserkraftwerk in Santa María Cahabón, Alta Verapaz. Er wurde 2018 verhaftet und wegen angeblich illegaler Verhaftungen und schwerer Raubüberfälle auf Beschäftigte des Unternehmens zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt.

Amnesty International (AI) prüfte die Akte und stellte fest, dass die Staatsanwaltschaft den Fall auf widersprüchliche Zeugenaussagen stützte und weder den Kontext des Konflikts der Gemeinde mit dem Wasserkraftwerk noch die Rolle des Gemeindevorstehers analysierte. Am 17. Juli richtete AI einen Brief an die Generalstaatsanwältin Consuelo Porras mit der Bitte, die Arbeit der mit dem Fall betrauten Staatsanwälte von Alta Verapaz zu überprüfen. "Es gibt in der Region ein Muster, diese Art von Konflikten nicht mit den Mitteln des Gesetzes zu lösen, sondern Menschen ins Gefängnis zu stecken und illegale Vertreibungen zu provozieren, die vom Justizsystem des Landes gefördert werden", fügte Rechtsanwalt Pérez hinzu. Nach Angaben des Direktors der Menschenrechtsanwaltskanzlei war die Räumung auf der Finca Cubilgüitz illegal, da sie in den frühen Morgenstunden erfolgte und laut Gesetz nur zwischen 6 Uhr und 18 Uhr durchgeführt werden darf. Die Auswirkungen der illegalen Aktionen und das mangelnde Vertrauen in das Justizsystem von Alta Verapaz führen zu humanitären Krisen, da die vertriebenen Familien keinen Platz zum Leben und keine Mittel zum Überleben haben.

Ein weiteres Beispiel für solche humanitären Krisen ist der Fall der Laguna Larga, einer Gemeinschaft von 111 Familien, die seit drei Jahren im Schlamm an der guatemaltekisch-mexikanischen Grenze lebt. Sie wurden aus einer Ecke der Biosphäre Maya vertrieben und stellen seit 2017 Forderungen an den Staat, die nicht gehört wurden. Die Staatsanwaltschaft gab bekannt, dass die Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft Alta Verapaz geleitet werden. Das Büro des Ombudsmanns für Menschenrechte (PDH) verurteilte die gewaltsamen Vertreibungen und forderte die Regierung auf, Familien, die Wohnungs- und Eigentumsverluste erlitten, dringend zu unterstützen. Darüber hinaus dürfen die Arbeits-, Sozial- und Landzugangskonflikte in dieser Region nicht vernachlässigt werden. (Nomada/ Newsletter Runder Tisch Zentralamerika, 8/2020)

Gute Nachricht für drei Gemeinden: das Verfassungsgericht spricht ihnen Landrechte zu

Morola, Jocotán und Nebaj 17. August - In diesem Jahr haben drei indigene Gemeinden gute Nachrichten erhalten. Nach jahrzehntelangen Kämpfen und rechtlichen Auseinandersetzungen hat das Verfassungsgericht (CC) sie endlich als EigentümerInnen ihres Landes anerkannt und dem Staat befohlen, ihr Recht und ihre Identität als Maya-Bevölkerung zu bewahren. In einem Land, das von Rechtsunsicherheit über Landbesitz geprägt ist, feiern sie diesen historischen Sieg mit Furcht vor möglichen Repressalien. (...)

Viele indigene Gemeinschaften leben unter dem Schutz ihres angestammten Rechts auf ihr Territorium. In einigen Fällen hat der Staat anerkannt, dass ihre Ländereien gemeinschaftlich genutzt werden. Das heißt, sie werden unter einem Regime registriert, nach dem ein Vermögen einer Gruppe von Personen mit spezifischen kulturellen Merkmalen gehört. In solchen Fällen ist das gesamte Land nicht teilbar, da es ein gemeinsames Territorium bildet, das notwendig ist, damit die Gemeinschaft die Manifestationen ihrer Identität und kulturellen Relevanz verwirklichen kann. In Guatemala wurden diese Rechte jedoch vom Staat selbst und insbesondere von den Kommunalbehörden missachtet. Dies war der Fall der Gemeinden Morola, Jocotán und Nebaj, die um Rechtssicherheit über große Landflächen gekämpft haben, die ihnen durch betrügerische Durchsuchungen genommen wurden.

Ohne Rechtssicherheit sind die indigenen Gemeinschaften dem Rassismus und all seinen Ausdrucksformen ausgeliefert: institutionell (Bürgermeister), wirtschaftlich (lokale ladinische und ausländische Unternehmer), kulturell (die Nichtanerkennung ihrer Existenz), territorial (Diebstahl oder Enteignung ihres legitimen Eigentums) und politisch (die Nichtanerkennung ihrer legitimen traditionellen Autoritäten), erklärt Diego Vásquez Monterroso, Archäologe, Anthropologe und Forscher an der Universität Rafael Landívar. All das haben die folgenden drei Fälle gemeinsam: der Kampf um Land und der Kampf gegen Rassismus.

Morola, Schmuggel und eine gefährdete Gemeinschaft

Die indigene Gemeinschaft von Morola befindet sich in der Gemeinde Camotán, Chiquimula. Mehr als 197 km von Guatemala-Stadt entfernt. Die Bevölkerung ist Teil des Ch'orti' Maya-Volkes. Bis Juni dieses Jahres lebte die gesamte Bevölkerung auf Land, das ihnen seit 2011 gehört, das aber von den Gemeindebehörden nicht anerkannt wurde. „Der Kampf hat sich gelohnt“, sagt Isabel Jerónimo, die Teil der Gemeinschaft und des Kampfes um den Besitz des Territoriums ist.

Alles begann im Jahr 2014, als der damalige Bürgermeister Ihnen einen Stellvertreter sandte, der in betrügerischer Weise Entscheidungen zu treffen begann, sagt Isabel. Im Prinzip hielt er eine Versammlung ab, in der er die Teilung des von ihnen besetzten Territoriums zur Abstimmung stellte, obwohl es dem besonderen Regime des Gemeinschaftseigentums

der indigenen Völker unterliegt. Auf diese Weise erhielt er die Stimmen, weil er andere Menschen außerhalb der Gemeinschaft einbezog und grünes Licht für die Zerschlagung von 21 Farmen gab. "Einige stimmten dem Verkauf ihres Landes zu, weil viele Familien Schulden bei Familien aus dem Drogenhandel hatten und sich so verschuldeten, dass sie gezwungen waren, das Land zu übergeben. Diese 21 Betriebe sind erste Teile des Landes, aber in Wirklichkeit gibt es noch mehr, die zerstückelt wurden, etwa 150 Grundstücke", erklärt Rodimiro Lantán, der den gesamten Prozess begleitet hat und Mitglied der Koordination der Vereine und Gemeinschaften für die integrale Entwicklung des Volkes der Ch'orti' (COMUNDICH) ist. Das große Interesse an der Übernahme dieser Ländereien hat mit der Lage der Gemeinde zu tun. Da es sich in einem toten Winkel an der Grenze zwischen Guatemala und Honduras befindet, ist es zu einem strategischen Punkt für den illegalen Warenverkehr und Drogenhandel geworden.

Am 11. Juni 2020 ordnete das CC an, dass das Grundbuchamt die Registrierung der zerstückelten Ländereien aufhebt, und bekräftigte das Recht der indigenen Gemeinschaften, über diese Ländereien zu entscheiden. „Für uns ist es eine historische Errungenschaft, weil wir verzweifelt waren, dass wir von den Behörden nicht berücksichtigt wurden, nachdem wir Diskriminierung, Verleumdung, Angriffe und sogar Mord erlitten hatten“, sagt Isabel Jerónimo, eine der Anführerinnen dieses Kampfes. Aber Freude ist nicht die einzige Emotion, die sie überwältigt. Sie erinnert sich, in den letzten sechs Jahren mindestens fünf Gefährten verloren zu haben. Ihre letzte Bemerkung ist Ausdruck eines gedämpften Enthusiasmus: "Wir sind ziemlich besorgt, weil wir eine kleine Gemeinschaft sind und das Gegenüber viel größer ist, und wir glauben, dass dies Menschen sind, die nicht mit Dialog, sondern mit Gewalt handeln".

Die Gemeinden, die sich riesigen Wasserkraftwerken gegenübersehen

Wenige Kilometer von Morola entfernt haben andere Ch'orti'-Gemeinden in Jocotán gerade von einem historischen Urteil erfahren, das den Frieden in ihrem Land wiederhergestellt hat, ihnen aber auch Angst macht. Die Gemeinde Jocotán, in Chiquimula liegt 197 km von Guatemala-Stadt entfernt. Von dort aus erklärte sich eine Gruppe indigener Ch'orti'-Maya-Gemeinschaften aus den Dörfern Las Flores, Ingenio, Guaraquiche, El Matazano, Suchiquer, Guareruche und Pelillo Negro zum Sieger eines Rechtsstreits um den Besitz von 635 Caballerías (= 245 qkm).

Im Jahr 2011 wurde dem Elektrizitäts-Unternehmen "Las Tres Niñas", S. A., dem Eigentümer des Wasserkraftwerks El Orégano in Jocotán, dessen Betrieb vom Ministerium für Energie und Bergbau genehmigt.

"Das Projekt schlug einen 120 Meter hohen Staumauer am einzigen Fluss auf dem Gebiet von Ch'orti' vor. Wir waren dagegen, und das Umweltministerium stimmte uns zu und genehmigte die Umweltverträglichkeitsprüfung der Wasserkraftprojekte nicht", sagt Omar Jerónimo, der im Namen der Gemeinde spricht. Jahre später gewährte die Gemeinde Jocotán dem Wasserkraftwerk einen Teil der Ländereien der Ch'orti'-Gemeinden. Die Gemeinden wurden nie zu dieser Entscheidung konsultiert, obwohl sie die Eigentümer sind. Seit 2000 ist die Stadtverwaltung als alleiniger Eigentümer und Verwalter unseres Landes eingetragen. Dies wurde jedoch nach der Entscheidung des CC vom 23. Juli 2020, in dem es die Gemeinde als Eigentümer anerkannte, nicht wirksam.

Mit diesem Urteil hat der Verfassungsgerichtshof das Recht des Ch'orti'-Volkes auf den Besitz von 635 Caballerías (= 245 qkm) Land anerkannt, aber auch die Existenz des Ch'orti'-Volkes als Einheit, das von den kommunalen Behörden selbst verweigert wurde. Diese Praxis, so der Anthropologe Diego Vásquez, ist eine neuere Dynamik in vielen Gemeinden, die Nutzung des Gemeinschaftslandes nach eigenem Ermessen zu gestalten. "Die Ch'orti' sind in großen Gebieten meist eine Minderheit. Letztere wurde von den Ladinos und Mestizen der Region nicht nur benutzt, um sie wirtschaftlich als billige Arbeitskräfte auszubeuten, sondern auch, um ihre Nichtexistenz in der Gegenwart als Argument für die Aneignung ihres Gemeinschaftseigentums geltend zu machen", fügt er hinzu. Einerseits feiern die Gemeinschaften dieses historische Urteil, das sowohl ihr Recht auf Eigentum als auch die Existenz des Volkes der Ch'orti' anerkennt. Andererseits befürchten sie aber auch, dass Angriffe gegen sie, Kriminalisierung und Gewalt zunehmen könnten. "In diesem Land führt die Gewalt dazu, dass die Menschen am Ende den Unternehmen das Feld überlassen. Das ist in Jocotán nicht geschehen", sagt Isabel Jerónimo. Für sie habe der Kampf zur Durchsetzung dieser Resolution gerade erst begonnen: „Dies bedeutet, dass man der verfassungsmässigen Autorität gehorchen muss, aber in den letzten beiden Regierungen haben wir eine völlige Missachtung der Beschlüsse des CC erlebt“.

Die 1.148 Caballerías (443 Quadratkilometer) von Nebaj

Am 16. Juni dieses Jahres feierten zwölf indigene Gemeinschaften in der Gemeinde Santa María Nebaj in Quiché ebenfalls ein Verfassungsgerichtsurteil, das ihnen das Recht zurückgab, mehr als 400 Quadratkilometer Land zu besitzen. Das Urteil war das Ergebnis eines langen Kampfes, der juristisch 2013 einsetzte. Die Angriffe auf ihr Land begannen während der Zeit des bewaffneten Konflikts, als die Bewohner des Dorfes Tzalbal in Nebaj ihr Land verließen, um vor dem Krieg zu fliehen. In diesen Jahren der Zuflucht soll der damalige Bürgermeister von Santa María Nebaj, Jacinto de Paz Pérez, eine öffentliche Urkunde unterzeichnet haben, in der er einen Teil des den Einwohnern dieser Gemeinde und den Mitgliedern der Gemeinde Ixil zugeteilten Landes abtrat. Es war eine betrügerische Transaktion, die den Kampf um die Wiedererlangung dieser zunächst 33 Caballerías (=12,74 qkm) großen Länderei beginnen liess.

Juan Castro, ein Mitglied der Anwaltskanzlei für indigene Völker, begleitete den Fall und erzählt, wie der Kampf um das Land begann: „Was die Gemeinde wollte, war die Wiedererlangung des Landstücks in Tzalbal, aber wir sahen, dass die Gemeinde und die Nachbarn von Nebaj die Eigentümer von dem gesamten Territorium waren. Wir erkannten, dass

es die Vertretung der indigenen Autorität war, die das Volk repräsentierte. Aber im Jahr 2010 entfernte die Stadtverwaltung die Nachbarn aus den Eigentumstiteln und machte sich selbst zum Eigentümer des Landes“.

Am 16. Juni entschied das CC zu Gunsten der Gemeinde und ordnete die Rückgabe der Grundstücke an, damit die BewohnerInnen von Nebaj als Eigentümer aufgeführt werden und ihr Recht auf das Land ausüben können.

Während des gesamten Prozesses waren die Regierungsstellen keine Verbündeten für Nebajs Nachbarn. Im Gegenteil, so Castro: Ab 2012 drohten der Landfonds und das Sekretariat für Agrarangelegenheiten damit, die indigenen Gemeinden zu vertreiben. Darüber hinaus hätten Abgeordnete wie Estuardo Galdamez (*zuerst Abgeordneter von der Patriotischen Partei für Quiche, dann führende Kraft in der Fraktion der FCN-Nacion von Präsident Jimmy Morales und deren Präsidentschaftskandidat 2019, d.Red.*) versucht, sich mit Erpressung und Versprechungen gegenüber einigen EinwohnerInnen in den Kampf um den Besitz des Territoriums einzumischen. Castro glaubt, dass hinter allem wirtschaftliche Interessen stehen, deshalb wird die Vollstreckung dieses historischen Satzes nicht so einfach sein: „Wir sehen, dass es eine Struktur gibt, die diese Anomalien begünstigt. Mehr als 100 Jahre lang wurden kommunale Grundstücke erhalten, und in letzter Zeit, mit dem Einzug der mineralgewinnenden Industrie, ist es für Unternehmen leichter, mit einem Bürgermeister zu verhandeln als mit einer Stadt“, schließt er.

In einem Land mit sehr wenig Rechtssicherheit in Bezug auf Landbesitz stellen diese Urteile große Siege dar, insbesondere für indigene Gemeinschaften. Laut Diego Vásquez "besteht das Problem mit dem Fehlen solcher Urteile darin, dass lokale und regionale Behörden oft den Rassismus ausnutzen, um ihre pseudo-rechtlichen Kriterien durchzusetzen, ohne die indigenen Gemeinschaften, ihre Autoritäten und ihren Besitz anzuerkennen". Sogar ihre bloße Existenz. (Nómada)

Die Angriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen haben zugenommen

Eine von der Einheit der MenschenrechtsverteidigerInnen Guatemalas (UDEFEGUA) veröffentlichte Studie zeigt, dass in diesen ersten sechs Monaten des Jahres, also seit Arbeitsbeginn der Regierung von Alejandro Giammattei, die Angriffe gegen Menschen, Gemeinschaften und Organisationen, die sich der Menschenrechtsarbeit verschrieben haben, zugenommen haben. Laut Statistik wurden in diesem Jahr 677 Fälle gemeldet, eine Zahl, die die seit 2015 jährlich gemeldeten Fälle übersteigt. Zu diesen Fällen gehören leider auch zehn Morde. (Nómada)

Aktuelle Beispiele

Am **10.08.2020** wurde der französische Veterinär Benoit Pierre Amadee Maria mit elf Schüssen auf einer Landstraße im Verwaltungsbezirk Quiche getötet. Amadee Maria lebte seit über 20 Jahren in Guatemala und war Mitarbeiter der *AgromInnen und TierärztInnen ohne Grenzen*. Er engagierte sich in indigenen Gemeinden der Regionen Quiche und Alta Verapaz für eine ökologische Landwirtschaft sowie die Stärkung der indigenen Autonomie.

Am **11.08.2020** wurde der Landarbeiter Misael Lopez Catalan in Jalapa erschossen. Catalan war lokaler Vorsitzender der Landarbeiterorganisation CODECA (Komitee für bäuerliche Entwicklung) in seiner Gemeinde Paraje und wurde während seiner Arbeit auf einer Finca mit fünf Schüssen getötet. Das ist der 18. Mord an einem Mitglied von CODECA in den vergangenen zwei Jahren.

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein ¡Fijáte!, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnent: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnent 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6